

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

- öffentlich -

Sitzungstag:

Mittwoch, 16.09.2020

Sitzungsort:

Feststadl

Namen der Mitglieder des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Stefan Kammermeier		
Gremiumsmitglieder: Saran Diané Udo Guist Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Gertrud Mörike Manuel Prieler Jutta Schödl		
	Stefan Zehetmair	
	Stefan Zehetmair	berufsbedingt

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Umwelt- und Energieausschusses, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

1 9 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 9 : 0

Beschluss:

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 25.09.2019, die den Ausschussmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Bauamt

2 9 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung werden nicht bekannt gegeben, da die Gründe der Geheimhaltung nicht weggefallen sind.

AZ 024
Bauamt

3 9 **Förderprogramm Mobilität; Sachstand und Fortschreibung
(Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat)**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 09.10.2019, Nr. 944, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium der Empfehlung des Umwelt- und Energieausschusses vom 25.09.2019, Nr. 50, zur Schaffung eines eigenständigen Förderprogrammes zum Thema (E-)Mobilität angeschlossen hat.

Gemäß Beschluss wurden folgende Punkte in das neue Förderprogramm Mobilität aufgenommen:

- Fahrräder
- Fahrradanhänger, 30% der förderfähigen Kisten, max. 300,- Euro

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Lastenräder
- Pedelecs, Förderung von 2 E-Bikes pro Haushalt möglich
- Lastenpedelecs
- Gewerbliche Pedelecs
- Gewerbliche Lastenpedelecs
- Fahrradüberdachungen
- Ladepunkte

- Der Förderantrag ist **innerhalb von 12 Monaten nach Anschaffung** des Fördergegenstands (Kaufdatum) zu stellen.
- Der Antragsteller hat **mindestens 3 Jahre seinen Hauptwohnsitz/Gewerbesitz** in Unterföhring.
- Das neuerworbene (E-)Bike/(E-)Lastenrad/Radan Anhänger/umgebaute E-Bike ist **zur Eigennutzung**.
- Die **Förderung kann anteilig zurückgefordert werden**, wenn der Fördergegenstand innerhalb von 3 Jahren weiterverkauft/gegeben oder regelmäßig von anderen nicht im Haushalt/Gewerbe befindlichen Personen genutzt werden.
- **Keine Förderung** von gebrauchten Pedelecs, Elektroräder ohne Tretantrieb, E-Roller, E-Scooter,
- sowie Räder ohne direkte Verbindung der Pedale zum Hinterrad (z.B. E-Rockit)
- **Leasing** ist von der Förderung **ausgeschlossen**
- Nach Vorlage **aller** geforderten Unterlagen wird Ihr Antrag abschließend bearbeitet.

Seit der Änderung der Förderrichtlinien und Erlass des eigenständigen Förderprogrammes (E-)Mobilität wurden ab dem 16.01.2020, 283 Anträge gestellt und mit einer Summe von 95.068,43 Euro bezuschusst. (Stand 09.09.2020). Aufgrund der exponentiellen Entwicklung, insbesondere in den vergangenen Monaten, ist vorerst weiterhin mit einer regen Antragsstellung zu rechnen. Im Haushalt waren für das Jahr 2020 65.000 Euro unter der Haushaltsstelle 11420.7181 bereitgestellt. Nach Ausschöpfung der im Haushaltsjahr veranschlagten Haushaltsmittel wurden die weiteren Anträge und Zuschussgewährungen als überplanmäßige Ausgaben gewertet und die entsprechenden Zuwendungen gewährt.

Bei konstanter Antragsstellung ist gemäß den bisherigen Erkenntnissen mit Gesamtausgaben in Höhe von 140.000 Euro für das Haushaltsjahr 2020 zu rechnen. Diese bedürfen als überplanmäßige Ausgaben der Genehmigung durch den Gemeinderat.

Aufgrund der hohen Nachfrage wird empfohlen, die bisherigen Haushaltsmittel für das Jahr 2020 auf insgesamt 140.000,- € zu erhöhen und entsprechende Haushaltsmittel für die Jahre 2021 ff. vorzusehen..

Bereits kein Einzelfall, ist der eingegangene Antrag einer Bürgerin, mit der Bitte zur Förderung eines gebrauchten E-Pedelecs – Leasingrückläufer.

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Gemeinde möchte Bürgerinnen und Bürger bei der Veränderung ihres Mobilitätsverhaltens häufiger mit dem (E-)Rad statt Auto unterstützen. Der Erwerb eines gebrauchten (E-)Rades, sowie von (E-)Rad-Leasingrückläufern wird als sinnvoll angesehen, da es günstiger in der Anschaffung ist und die Räder weiter genutzt werden können.

Die Verwaltung sieht hier den Aspekt, den Umstieg vom Auto auf das (E-)Rad und der damit verbundenen Klimafreundlichkeit, Ressourcenschonung und die Senkung der lokalen CO₂-Emissionen im Vordergrund.

Ein Privatkauf soll weiterhin mangels offizieller Rechnung ausgeschlossen werden.

Beschluss: 9 : 0

Dem Gemeinderat wird folgender Beschluss empfohlen:

Das Gremium schließt sich der Empfehlung der Verwaltung an und beschließt die Erweiterung und Anpassung des Förderprogrammes E-Mobilität um folgende Punkte:

- Gebrauchte Fahrräder
- Gebrauchte Pedelecs
- Keine Privatkäufe

Die Verwaltung wird beauftragt die Förderrichtlinien in Bezug auf die vorgenannten Punkte anzupassen.

Für das Haushaltsjahr 2020 werden zusätzlich 75.000 Euro als überplanmäßige Kosten in den Haushalt 11420.7181 eingestellt. Für 2021 ff. sind entsprechende Haushaltsmittel in den Haushalt 11420.7181 einzustellen.

AZ 851
Bauamt

4

9

MVG-Mietradstationen und Ladestationen im Gemeindegebiet; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister bringt den öffentlichen Beschluss des Kreistages vom 12.12.2016, Nr. 11, sowie den Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 20.09.2016, Nr. 20, sowie den Beschluss des Gemeinderats vom 11.01.2018, Nr. 662, zur Einrichtung von MVG Mietfahrradstationen in Erinnerung.

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nach einer ersten Evaluation von Seiten der MVG bezüglich der Nutzungshäufigkeit der Stationen in der Gemeinde Unterföhring (Stand 2019), wurde die Verwaltung nach Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 28.01.2020, Nr. 665, sowie Beschluss des Gemeinderats vom 13.02.2020, Nr. 1006, beauftragt, Flächen für weitere Radstationsstandorte mit variierender Stationsgröße zu finden. Es sollten neue Stationen für das bisher etablierte MVG-Mietradsystem entstehen.

Aufgrund einer neuen Erkenntnislage empfiehlt die Verwaltung jedoch, eine Neuausweisung von Stationen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Dies begründet sich durch die mit dem MVG-Mietradsystem verbundenen Herausforderungen.

Bei einem Treffen im Landratsamt München erfolgte eine Auswertung der MVG-Radstationen im Bereich der NordAllianz Kommunen. Hierbei zeigten sich die Mitarbeiter der MVG, nach Berichterstattung von Frau Liebenstund (Leiterin der Geschäftsstelle NordAllianz Metropolregion München Nord) unwillig, nähere Daten und Informationen zur Nutzung der Stationen preiszugeben, dies mit dem Hinweis auf einzuhaltenden Datenschutz. Während der Besprechung berichteten die kommunalen Vertreter von verschiedenen, mit dem MVG-Mietradsystem verbundenen Herausforderungen, wie unter anderem „wilde“ Abstellungen, ungeeignete Stationspositionierungen und –größen sowie unregelmäßige „Einsammelaktionen“ der Räder durch die MVG. Derartige Erkenntnisse liegen sich auch im Gemeindegebiet Unterföhring vor.

Die Mitarbeiter der MVG erläuterten daraufhin, dass bislang keine Ahndung bei freien Abstellungen vorgenommen wurde, wodurch sich das hohe Vorkommnis erklären lässt. Die Einführung einer solchen Ahndung solle in den kommenden Monaten nun auch praktisch durchgeführt werden – theoretisch haben die Nutzer des MVG-Mietradsystems einer solchen Ahndung bereits per Anmeldung in der App zugestimmt.

Weiterhin zeigen verschiedene Erfahrungsberichte und Studien, dass besonders virtuelle Station für eine geregelte Abstellung Erfolg versprechen. Hierbei müssen, anders als bei den aktuellen MVG Radstationen, keine baulichen Maßnahmen durchgeführt werden, wodurch das System auch deutlich kostengünstiger ist. In der zum MVG Rad gehörigen App kann die Gesellschaft via Geofencing einen Bereich „freischalten“, in welchem eine ahndungsfreie Abstellung möglich ist. Diese Stationen können auch visuell entsprechend gekennzeichnet werden, dies beispielsweise durch eine einfache Markierung auf dem Boden oder Beschilderung.

Die MVG zeigt sich einer Einführung derartiger Stationen gegenüber bislang unwillig, da es bei den Mietradstationen unter anderem um die gute Sichtbarkeit aus der Entfernung geht.

Dennoch würden sich bei den für die Gemeinde Unterföhring angedachten Erweiterungsstationen (Blumenstraße, Bürgerplatz, Föhringer Allee, Bauhofstraße) derartige virtuelle Stationen besonders anbieten, da beispielsweise am Bürgerplatz aus Platzgründen keine bauliche Station eingerichtet werden kann.

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Um die Gespräche mit der MVG voranzutreiben, wurden von den Bürgermeistern der NordAllianz Kommunen Briefe an Herrn Landrat Christoph Göbel gesendet. Eine Rückmeldung des Landrats steht bislang noch aus. Um finanzielle Mittel für die Optimierung des aktuellen Mietradsystem in den Gemeinden zu erhalten, wird sich die NordAllianz im Namen der Kommunen für die Förderung „Klimaschutz durch Stärkung des Radverkehrs“ im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative bewerben. Hierfür fand das erste Treffen am 08.09.2020 in Ismaning statt. Aktuelle Ideen sind unterem die Einführung von virtuellen Stationen durch Geofencing, die Vernetzung der NordAllianz Kommunen durch Fahrradstationen und die Einführung von interkommunalen Tarifen.

Beschluss: 9 : 0

Das Gremium beschließt, der Empfehlung der Verwaltung zu folgen und den Ausbau der MVG-Radstationen im Bereich der Gemeinde Unterföhring auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Weiterhin beschließt das Gremium, dass Optimierungen des bestehenden Mietradsystems durch die Verwaltung vorgenommen werden dürfen. Der Gemeinderat ist über vorgenommene Maßnahmen zu unterrichten.

AZ 851
Bauamt

5

9

Verordnung der Gemeinde Unterföhring über den Schutz des Bestandes von Bäumen (Baumschutzverordnung, BschVO); Neuerlass (Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat)

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Erlass der Baumschutzverordnung (BSchVO) der Gemeinde Unterföhring am 12.03.2009 und ruft die Ergänzungsbeschlüsse vom 18.05.2017, Nr. 576, sowie vom 10.01.2019, Nr. 834, in Erinnerung. Weiterhin wird auf die am 09.05.2019 durch den Gemeinderat beschlossene Änderungsverordnung (Beschlussnummer 888) hingewiesen.

Durch die gefassten Beschlüsse wurden inhaltliche (gem. Art. 48 Landesstraf- und Verordnungsgesetz (LStVG)) sowie redaktionelle (gem. des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) vom 23.02.2011, zuletzt angepasst am 21. Februar 2020 (GVBl. S. 34)) Anpassungen der gemeindlichen Baumschutzverordnung vorgenommen.

Da nun grundlegende inhaltliche Änderungen an der bestehenden Verordnung vorgenommen werden sollen, empfiehlt die Verwaltung einen Neuerlass der Verordnung zum Schutz der Bäume und Sträucher. Bei der grundlegenden Anpassung handelt es sich um die Unterschutzstellung von Nadelbäumen und

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Sträuchern innerhalb des Gemeindegebiets. Bislang beschränkt sich die Schutzverordnung ausschließlich auf Laubbäume.

Nadelbäume weisen viele Eigenschaften auf, die sich positiv auf den Siedlungsbereich auswirken können. Das immergrüne Nadelblatt der Bäume, welches auch im Winter für mehr Grün in Unterföhring sorgt, kann sich positiv auf die Luftqualität im Gemeinde Gebiet auswirken. Besonders im Winter nehmen die Nadeln der Bäume viele Feinstaub- und Schadstoffpartikel auf und speichern diese. Weiterhin bieten Nadelbäume verschiedenen Tierarten des urbanen Raums einen Lebensraum und Nahrung, sodass die Bäume zu einer höheren Artenvielfalt im Gemeindegebiet beitragen können. Die Gattung Picea (Fichten) würde, nach Vorschlag der Gemeinde, allerdings nicht unter Schutz gestellt werden, da es sich bei Fichten um sehr schnellwüchsige Bäume handelt.

Eine nicht amtliche Synopse der redaktionellen und inhaltlichen Anpassungen sowie ein Entwurf der künftigen Verordnung wurden dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 6 : 3

Dem Gemeinderat wird folgender Beschluss empfohlen:

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung der Verwaltung und stimmt dem Neuerlass der Verordnung über den Schutz des Bestandes an Bäumen und Sträuchern zu.

Die Verwaltung wird mit der Ausarbeitung der Baumschutzverordnung beauftragt. Die Baumschutzverordnung erhält den Stand 08.10.2020 und tritt zum 01.12.2020 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Verordnung der Gemeinde Unterföhring über den Schutz des Bestandes an Bäumen (Baumschutzverordnung, BSchVO) In der Fassung der Änderungsverordnung vom 15.05.2019, in Kraft seit 01.06.2019, Gemeinderatsbeschluss Nr. 888, außer Kraft.

Die Baumschutzverordnung ist entsprechend auszufertigen und amtlich bekannt zu machen.

AZ 028
Bauamt

6

9

Obstbäume im Bereich des Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße (Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat)

Der Erste Bürgermeister berichtet, dass die mit Obstbäumen und deren Fallobst verbundenen Herausforderungen im Siedlungsbereich in der vergangenen Zeit häufiger thematisiert wurden. Dies besonders durch vermehrt auftretende Beschwerden der Bewohner des Einheimischen-Modells, Römerweg.

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zwischen einer der Häuserreihen im Bereich des Einheimischen-Modells (Römerweg bis Keltenweg) stehen aktuell 11 Kirschbäume. Diese Bäume tragen und werden in den kommenden Jahren Früchte tragen, welche teilweise auf die Eigentümerwege entlang der Häuser herunterfallen. Die mit dem Fallobst einhergehenden Verschmutzungen empfinden die Bewohner der angrenzenden Häuser als Belastung, weswegen verschiedene Beschwerden eingingen.

Um mögliche Lösungen zu finden begab sich die Verwaltung sowie die Baumsachverständige Frau Kunze vor Ort. Dabei konnte festgehalten werden, dass die Bäume eine gute Vitalität aufweisen und die Verkehrssicherheit gegeben ist. Des Weiteren wird durch den Bebauungsplan festgelegt, dass in den Arealen zwischen den Häusern mittelkronige Bäume vorhanden sein müssen. Zu den in diese Größenkategorie fallenden Baumarten zählen auch die Kirschbäume, sodass diese demnach korrekt ausgewählt und gepflanzt wurden.

Trotz der Rechtmäßigkeit der Bäume wurde nach Lösungen gesucht, durch welche die Belastung der Anwohner reduziert werden kann.

Der Vorschlag der Bewohner selbst war es, eine Kroneneinkürzung vorzunehmen. Bei einer fachgerechten Kirschbaumpflege werden Kirschbäume im Normalfall ausgedünnt und in der Höhe reduziert. An der Breite der Baumkrone wird bei einer Einkürzung vergleichsweise wenig verändert (siehe Anlagen). Bei einem Rückschnitt der Bäume besteht das Potential, dass diese im nächsten Frühjahr stark treiben, wodurch im Folgejahr ein ähnlich intensiver Fruchtbehang möglich wäre.

Bei einer Kappung der in die Breite laufenden Äste könnte sich die Krone vergleichsweise stark einschränken lassen, allerdings handelt es sich bei einem solchen Vorgehen nach den Richtlinien der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau nicht um Baumpflege, sondern um baumzerstörende Maßnahmen. Sollte diese Maßnahme durchgeführt werden ist mit einigen negativen Folgen zu rechnen.

Um weitere Alternativen zu finden wurde recherchiert, ob Fallobstnetze für den Standort geeignet wären (siehe Anlage). Bei diesen wird zwischen zwei Varianten unterschieden: zum einen gibt es Netze, die um den Baum auf dem Boden liegen und so den Aufprall der Früchte abmildern. Dadurch bleibt das Obst länger frisch und muss nicht jeden Tag eingesammelt oder weggefeht werden. Eine andere Form von möglichen Netzen wären trichterartige Aufspannungen um die Baumkrone, welche sich direkt an der Krone befinden und durch stützenartige Befestigungen auf dem Boden verankert sind.

Bei beiden Formen der Fallobstnetze besteht die Herausforderung, dass Elemente auf dem besagten Weg lägen oder stünden, sodass ein Störfaktor geschaffen werden würde. Die Einwicklung der gesamten Krone in ein Netz ist aufgrund des Vogelschutzes nicht möglich.

Als zweite Möglichkeit wurde die Nutzung eines Baumschüttlers in Erwägung gezogen. Dies ist ein Gerät, welches im Bereich der Landwirtschaft genutzt wird und bewirkt, dass sich das Fallobst gesammelter und schneller aus der Krone löst. Diese Möglichkeit wurde jedoch aufgrund des damit verbundenen

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufwands und der Notwendigkeit die Maßnahme innerhalb einer Saison mehrfach zu wiederholen nicht weiter verfolgt.

Eine weitere Maßnahme, durch welche eine Verbesserung der Situation ermöglicht werden könnte, ist die Fällung der Bäume mit nachfolgender Ersatzpflanzung (für Details der möglichen Gattungen und Einschätzungen der Baumsachverständigen siehe Anlagen).

Um den Gartencharakter des Bereiches - durch welchen sich die zuvor getroffene Wahl eines Obstbaumes rechtfertigt - zu pflegen und zu erhalten, bieten sich zusammenfassend, laut Frau Kunze, besonders Amberbäume (Liquiambar, nicht heimisch; siehe Anlage) für Ersatzpflanzungen an. Dies zum einen aufgrund deren Wuchsform, zum anderen wegen der optisch ansprechenden Herbstfärbung der ahornartigen Blätter dieser Baumart.

Sollen die besagten Kirschbäume durch eine andere Art ersetzt werden, kann anstatt einer Fällung auch eine Umpflanzung der Kirschbäume in Erwägung gezogen werden. Die Kosten für eine Umpflanzung belaufen sich auf ca. 3.500 € brutto pro Baum.

Die Kosten für eine Fällung mit anschließender Fräsung liegen bei 750 € brutto pro Baum.

Folgende Unterlagen wurden dem Gremium zugestellt:

- Aktenvermerk zur Ortseinsicht mit der Baumgutachterin
- Mögliche Gattungen für Ersatzpflanzungen
- Darstellung eines Obstbaumschnitt
- Amberbaum
- Bebauungsplan 71/02 Einheimischen-Model Nördlich der Aschheimer Straße

Beschluss: 9 : 0

Dem Gemeinderat wird folgender Beschluss empfohlen:

Das Gremium beschließt, dass die Kirschbäume nicht gefällt werden.

Künftig sollen in den Grünordnungen der Bauleitplanungen Fruchtbäume jeglicher Art im Bereich von Siedlungswegen und Parkplätzen vermieden werden.

AZ 6317
Bauamt

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Erste Bürgermeister wurde von Herrn Oberbauer per Brief (Eingangsdatum: 13.07.2020) zu einer geplanten Fällung in der Ahornstraße 23/25 informiert. Herr Oberbauer selbst ist kein Bewohner des Hauses. Er handelt im Namen seiner Schwester (Bewohnerin des Hauses). Die Familie ist - dem Brief zu Folge - vor allem wegen des Eingriffs ins Straßenbild besorgt und merkt an, dass bereits ein Mehrheitsbeschluss der Eigentümergemeinschaft vorliegt, nach welchem die Kiefer gefällt werden soll.

Der Baum untersteht der Grünordnung des Bebauungsplans 61/95, in welcher unter 9 a) festgesetzt ist, dass der vorhandene Baumbestand zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln ist.

Durch die Baumschutzverordnung der Gemeinde Unterföhring wird der Baum nicht geschützt, da in dieser Nadelbäume nicht berücksichtigt werden.

Bei einer telefonischen Rücksprache mit der Hausverwaltung Gegenfurtner wurde die geplante Fällung bestätigt und mündlich abgesprochen, dass die Hausverwaltung einen Fällantrag stellt, da der Baum durch den Bebauungsplan einer rechtlichen Festsetzung unterliegt. Der Fällantrag wurde kurz darauf eingereicht. Grund für die geplante Fällung ist laut Antrag eine starke Verschattung und durch den Baum verursachte Moos-Bildung an der Fassade. Die Hausverwaltung Gegenfurtner erklärte sich mündlich zu einer Ersatzpflanzung bereit.

Diese Information wurde als Kompromisslösung an Herrn Oberbauer weitergeleitet, welcher sich damit nicht einverstanden zeigte und darum bat, dass die Verwaltung mit der Bearbeitung des Fällantrags wartet, bis er das Landratsamt (LRA) München bezüglich der Thematik kontaktiert habe, um eine zweite Meinung zu den Umständen und der Schutzwürdigkeit des Baumes einzuholen.

Der Brief an das Landratsamt wurde am 16.08.2020 von Herrn Oberbauer verschickt.

Am 16.09.2020 teilte Herr Oberbauer die Rückmeldung des Landratsamtes München mit, wonach für die zur Fällung beantragte Kiefer seitens Landratsamts München sowohl durch die Baumschutzverordnung der Gemeinde Unterföhring als auch durch den rechtskräftigen Bebauungsplan kein Schutzstatus besteht.

Beschluss: 8 : 1

Das Gremium nimmt das Schreiben von Herrn Oberbauer zur Kenntnis und spricht sich aus ortsgestalterischen Gründen grundsätzlich für den Erhalt des Baumes aus.

Der Antrag auf Fällgenehmigung ist mangels Regelung in der aktuell gültigen Baumschutzverordnung zurückzuweisen.

Die Verwaltung wird beauftragt, für geeignete Maßnahmen zum Erhalt des Baumes Kontakt mit der Hausverwaltung aufzunehmen.

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bauamt

8

9

Verfahren zur Inschutznahme des Landschaftsschutzgebietes "Moosgrund im Münchner Nordosten" durch die Landeshauptstadt München; Anhörung

Der Erste Bürgermeister berichtet, dass die Gemeinde mit Schreiben vom 10.07.2020 von der Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung über die Verfahrensaufnahme zur Inschutznahme des Landschaftsschutzgebietes „Moosgrund im Münchner Nordosten“ informiert wurde. Hierbei wurde der Gemeinde die Möglichkeit gegeben, bis spätestens 24.08.2020 eine Stellungnahme abzugeben. Das zukünftige Landschaftsschutzgebiet grenzt im Süden an die Gemeinde an (siehe Anlage).

Bei dem ca. 360 Hektar großen Gebiet handelt es sich um eine ehemalige Niedermoorlandschaft, die sich durch eine große Artenvielfalt auszeichnet. Das Verfahren zur Unterschutzstellung wurde bereits 2014 gesetzlich vorgeschrieben und unter Öffentlichkeitsbeteiligung eingeleitet. 2016 wurde schließlich entschieden, dass das Gebiet einstweilig, das heißt befristet auf 2 Jahre, als Landschaftsschutzgebiet sichergestellt werden soll. Diese Sicherstellung wurde bis August 2020 einmalig verlängert. Im Sommer 2020 ist die endgültige Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes vorgesehen.

Um das Verfahren zur Inschutznahme in diesem Gremium zu beraten, wurde von Seiten der Verwaltung um eine Fristverlängerung gebeten, welche abgelehnt wurde. Allerdings wurde eine Einbeziehung von nachträglich eingereichten Einwänden angeboten.

Um eine fachliche Einschätzung zur vorgesehenen Inschutznahme zu erhalten, wurden die Unterlagen an die Landschaftsarchitektin Frau Waubke weitergegeben und geprüft. Im Zuge der fachlichen Prüfung konnte keine direkte Einflussnahme des Landschaftsschutzgebietes auf die Gemeinde Unterföhring festgestellt werden. Diese fachliche Einschätzung der Landschaftsarchitektin Frau Waubke wurde als Stellungnahme fristgerecht an die Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung zugestellt.

Beschluss: 9 : 0

Das Gremium nimmt das Schreiben der Landeshauptstadt München zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt eine Stellungnahme insbesondere zu Abhängigkeiten mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) einzuholen und dem Gemeinderat zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

AZ 1742
Bauamt

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

9 9 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Bauamt

9 9 **Bekanntgaben / Anfragen**
Anpassung der Energiesparrichtlinien (Förderprogramm)

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderats vom 09.02.1996, Nr. 1310 – 1324. Darin wurde dem Erlass eines Förderprogrammes für Energiesparmaßnahmen zugestimmt. Die Richtlinien für das Förderprogramm traten am 01.03.1996 in Kraft. Weiterhin bringt der Erste Bürgermeister den Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 20.09.2016, Nr. 17, und den Beschluss des Gemeinderats vom 13.10.2016, Nr. 469, zur Aktualisierung des Energiesparförderprogramms in Erinnerung.

Mangels Anträge wurde das Energiesparförderprogramm (Stand 01.04.2018) auf den aktuellen technischen und rechtlichen Stand durch die Stadtwerke München (SWM) GmbH überprüft.

Allerdings soll bis zum Jahr 2021 die „Förderrichtlinie zu Bundesförderungen für effiziente Gebäude“ kurz BEG in Kraft treten. Durch diese werden alle Förderprogramme des Bundes zusammengefasst. Punkt 1 des Energiesparförderprogramms „kombinierte Förderung“ ist dadurch nicht mehr zutreffend.

Da diese Neuerung ebenfalls eine Überarbeitung der Energiesparrichtlinien der Gemeinde Unterföhring erforderlich macht, verzögert sich die Aktualisierung des Förderprogramms.

AZ 860
Bauamt

9 9 **Bekanntgaben / Anfragen**
Ausstoß von Aschepartikeln durch das HKW München Nord

Am Donnerstag, den 10.09.2020, hatten die Mitarbeiter des Heizkraftwerkes (HKW) München Nord nach 12-wöchigem Stillstand den Block 2 wieder angefahren. Bei Steigerung der Last kam es am Freitag, den 11.09.2020 kurzzeitig zu einem Austrag von Aschepartikeln im Abgas über dem Kamin. Die Partikel setzten sich noch im Kraftwerksbereich sowie im Bereich der Siedlung Ringstraße ab. Bei der Flugasche handelt es sich um einen ungefährlichen Stoff.

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Als Entschädigung der Anwohner werden von Seiten des Heizkraftwerkes die Kosten für anfallende Fahrzeugreinigungen übernommen. Hierfür muss die Rechnung der Waschstraße zusammen mit der Bankverbindung beim Pförtner des HKWs eingereicht werden.

Verschiedene Bewohner der Ringstraße meldeten, dass die Aschepartikel helle Flecken beim Autolack sowie auf Materialien wie Holz, Glas und verschiedenen Metallen hinterlassen und es im Bereich der Flecken zu Korrosionen kommen kann.

Diese Information wurde an Herrn Bergler, den Leiter des HKWs, mit der Bitte um weitere Veranlassung weitergeleitet. Eine Rückmeldung des Leiters steht bislang noch aus.

Bauamt

9

9

Bekanntgaben / Anfragen

Auswertung der Luftqualitätsdaten des NordAllianz Gebiets

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderats vom 09.05.2019, Nr. 894, zur Installation von Umweltsensoren an acht Standorten im Gemeindegebiet. Mit diesem Beschluss unterstützte der Gemeinderat das Vorhaben des NordAllianz Verbundes.

Nun gab die NordAllianz bekannt, dass Herr Dr. Thomas Zastrow, ein Garchinger Wissenschaftler des Rechenzentrums der Max-Planck-Gesellschaft, mit der Auswertung der Luftdaten für die NordAllianz begonnen hat. Die Ergebnisse sind auf der Homepage der NordAllianz und unter folgendem Link einsehbar: <https://luftdaten.thomas-zastrow.de>.

Aktuell können die Messwerte zur Silvesternacht 2019/2020 eingesehen und ein Vergleich der Messwerte vor und nach dem Corona bedingten Lockdown vorgenommen werden. Hierbei liegen die in Unterföhring gemessenen Werte, verglichen mit den Daten der anderen Kommunen, im Durchschnitt.

Der Vertrag HawaDawa Reporting wurde mit Wirkung zum 30.10.2020 form- und fristgerecht gekündigt.

Die Miete der Luftsensoren läuft bis 31.05.2021 und kann mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf 19.801,60 € (brutto) und sind unter 11420.6531 in den Haushalt eingestellt.

AZ 1712
Bauamt

9

9

Bekanntgaben / Anfragen

Messung der Radonkonzentration in der Bodenluft

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Erste Bürgermeister gibt das Schreiben des Bayerischen Landesamts für Umwelt vom 01.09.2020, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 08.09.2020, bezüglich einer Messung der Radonkonzentration in der Bodenluft und der Gaspermeabilität bekannt.

Radon ist ein radioaktives Edelgas, das überall natürlich im Boden vorkommt und beispielsweise durch Fugen und Risse in Häuser gelangen kann. Im Strahlenschutzgesetz des Bundes ist im Rahmen des Schutzes vor Radon vorgegeben, dass die Länder bis zum 31.12.2020 sogenannte Radon-Vorsorgegebiete festlegen. Das Landesamt für Umwelt hat das Sachverständigenbüro für Radonanalytik und Baubiologie mit den hierfür notwendigen Messungen beauftragt.

Für die Messung in Unterföhring wurde durch das Landesamt das Flurstück 8709/560/2 (Parkfriedhof/Bolzplatz) ausgewählt, auf welchem drei Bohrungen mit etwa einem Meter Tiefe vorgenommen werden. Die zu erwartende Auswirkung auf die Bodenfläche ist gering.

Nach Abschluss der Messkampagne wird der Gemeinde schriftlich die Radonkonzentration mitgeteilt werden. Die Ergebnisse werden bei der nächsten Sitzung des Gremiums bekannt gegeben.

AZ 620
Bauamt

9

9

Bekanntgaben / Anfragen

Kooperationsvertrag für die e-Lastenradleihe

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 25.09.2019, Nr. 51, zur Implementierung des Lastenradverleihs in Unterföhring.

Nachdem Ende Juli 2020 das erste e-Lastenrad „Muli“ geliefert wurde, konnten am 04.08.2020 die beiden Kooperationspartner Radflüsterer (vertreten durch den Inhaber Stefan Schmidbauer) und EFU-Elektrofahrrad (vertreten durch den Geschäftsführer Mike Resch) sowie der Erste Bürgermeister Andreas Kemmelmeier den Kooperationsvertrag zum Verleih der Lastenräder unterzeichnen.

Damit startete die Pilotphase des e-Lastenradverleihs der Gemeinde Unterföhring: Seit dem 17.08. kann das e-Lastenrad bei den genannten Geschäften entliehen werden. Das Leihangebot wurde bislang insgesamt viermal in Anspruch genommen (2x August, 2x September).

Das zweite e-Lastenrad wird voraussichtlich Mitte September geliefert werden.

AZ 620
Bauamt

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

9

9

Bekanntgaben / Anfragen

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV): Einsatz von Elektrobussen, Ortsbuslinie 232, Abschlussveranstaltung

Der Vorsitzende teilt mit, dass nunmehr die Endabnahme zum Einsatz von Elektrobussen der Ortsbuslinie 232 für das Gesamtsystem (Fahrzeuge, Ladeinfrastruktur) nach einer weitgehend störungsfreien Betriebszeit von 6 Monaten am 16.07.2020 erfolgte.

Das Projekt, begleitet durch den Planer VCDB Dresden, wurde zum 31.07.2020 formal abgeschlossen.

Zu dem Projekt wurde zum Abschluss eine Broschüre durch den MVV als Handreichung für Entscheidungsträger der Landkreis- und Gemeindepolitik als Praxisbeispiel anhand der Elektrifizierung der MVV-Regionalbuslinie 232, erstellt. Der Vorsitzende gibt die Broschüre bekannt.

Als letzte Leistung zu dem Projekt wird die Ladeinfrastruktur auf der Strecke, von der Straßäckerallee zum Schulcampus in der Mitterfeldallee, umgesetzt. Dies wird erfolgen, sobald die Außenanlagen am Schulcampus fertiggestellt sind. Der Projektplaner VCDB begleitet diese Maßnahme über den Projektabschluss hinaus, bis die Ladeinfrastruktur zum Schulcampus versetzt ist.

AZ 851
Bauamt

1. Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

9

9

Bekanntgaben / Anfragen NordAllianz-Fahrradkarte

Der Erste Bürgermeister berichtet, dass die NordAllianz-Fahrradwanderkarte aktualisiert werden soll. Die letzte Auflage stammt aus dem Jahr 2015 und ist aufgrund der hohen Nachfrage bereits vergriffen.

Tourenvorschläge können über das Online-Formular unter <https://nordallianz.de/fahrradkarte> bis zum 31.10.2020 eingereicht werden.

Alternativ auch per Post an „NordAllianz, Steinheilstr. 8, 85737 Ismaning“.

Die schönsten acht Touren – je Kommune eine Tour – werden auf der Rückseite der Karte abgedruckt, alle weiteren Touren werden online publiziert.

Bauamt



Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister



Stefan Kammermeier